

# DBA mit der Schweiz: Inkrafttreten frühestens 2014 zu erwarten

**Quellensteuer** Die Verhandlungen zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit der Schweiz laufen. Mit einem Inkrafttreten ist gemäss Regierungschef Klaus Tschütscher allerdings nicht vor dem 1. Januar 2014 zu rechnen.

VON MARTIN HASLER

**G**leich zwei Abgeordnete erkundigten sich vergangene Woche im Landtag in Kleinen Anfragen nach dem Fortschritt der DBA-Verhandlungen mit der Schweiz. FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser informierte sich insbesondere über die geplante Quellensteuer für schweizerische Grenzgänger, die 22 Millionen Franken im Jahr in die Staatskasse spülen soll, sowie einem Zeitplan für das Inkrafttreten; Pepo Frick (FL) thematisierte die Besteuerung von AHV-Rentnern sowie von in Liechtenstein lebenden, pensionierten Schweizer Zöllnern. Die von Pepo Frick aufgeworfenen Fragen beantwortete Regierungschef Klaus Tschütscher nur knapp: «Es wurde vereinbart, über weitere, sozialversicherungsrechtliche Fragen Gespräche aufzunehmen.» Grundsätzliches Ziel der Verhandlungen mit der Schweiz sei der Abschluss eines DBAs nach OECD-Standard, hielt er in der Beantwortung einleitend fest.

## Eckpunkte bereits festgelegt

Bei einem ersten Treffen der Delegationen im September seien Eckpunkte der Verhandlungen festgelegt worden: «Die aus liechtensteinischer Sicht zu regelnden Punkte sind dabei insbesondere eine weitestgehende Entlastung von der Quellensteuer



Die Regierung plant, in Liechtenstein arbeitstätige Grenzgänger aus der Schweiz zu besteuern. (Foto: Michael Zanghellini)

beziehungsweise Verrechnungssteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, eine Regelung zur Abkommensberechtigung von liechtensteinischen Vermögensstrukturen, klare und vernünftige Bestimmungen zur Verhinderung der missbräuchlichen Anwendung des Abkommens sowie eine Neuregelung zur Besteuerung der Grenzgänger.» Die Schweiz habe in all diesen Punkten Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Gemäss Prognosen der Regierung würde die Einführung einer Quellensteuer für schweizerische Arbeitnehmer etwa 22 Millionen Franken an Mehreinnahmen bringen.

Nach der Ankündigung entsprechender Pläne war vor allem in den Werdenberger Nachbargemeinden starker Widerstand dagegen entstanden; sie müssten gemäss eigener Aussagen bei einem solchen Schritt mit grossen Steuerausfällen rechnen.

## Verhandlungen laufen weiter

In den kommenden Wochen sollen die technischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, der Abschluss des DBAs mit der Schweiz sei noch nicht abzusehen. Regierungschef Tschütscher rechnet aber nicht mit einem Inkrafttreten vor dem 1. Januar 2014, auch der 1. Januar 2015

sei nicht auszuschliessen. Geleitet werde die aus Experten der Steuerverwaltung zusammengesetzte liechtensteinische Delegation von Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagenten (SIFA). Im Rahmen einer Expertengruppe würden verschiedene Verbände - darunter auch der Bankenverband und die Treuhändervereinigung - in die Verhandlungen einbezogen; sie seien eng in die Ausarbeitung von Verhandlungszielen, Verhandlungsposition und die Evaluation der zu erwartenden Auswirkungen eingebunden, hiess es in der Antwort abschliessend.